

Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union ist am 12./13. Februar 2009 zu einer Plenartagung in Brüssel zusammen gekommen. Der DStGB war durch seinen AdR-Delegierten Bürgermeister Hans-Josef Vogel, Arnsberg, vertreten. Neben den inhaltlichen Beratungen stand auch die Wahl des AdR-Generalsekretärs an. Der bisherige Amtsinhaber, Dr. Gerhard Stahl aus Deutschland, wurde wiedergewählt.

Das Präsidium des Ausschusses der Regionen wählte Gerhard Stahl für eine weitere fünfjährige Amtszeit zum Generalsekretär. Der Generalsekretär des Ausschusses der Regionen ist verantwortlich für die Organisation und die Leitung der Arbeiten des Generalsekretariats, das die reibungslose Funktionsweise des Ausschusses und seiner Arbeitsorgane gewährleistet und den 344 AdR-Mitgliedern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Seite steht.

Ein prominenter politischer Gast der AdR-Plenartagung war der für die europäische Energiepolitik zuständige Kommissar Andris Piebalgs. Mit ihm diskutierten die europäischen Kommunal- und Regionalpolitiker darüber, welche Lehren aus der Gaskrise, von der Europa im Januar betroffen war, zu ziehen sind. Piebalgs betonte, dass für das Bemühen um einen höheren Versorgungsgrad mit erneuerbaren Energien in Europa die Kräfte gebündelt werden müssten. Nur gemeinsam mit den Kommunen und Regionen werde die EU ihre hochgesteckten Umweltziele (Steigerung der Energieeffizienz um 20% und Reduzierung der CO₂-Emissionen in Europa um 20% bis 2020) erreichen. Die für europäische Kommunikationspolitik zuständige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Margot Wallström, kam zu einem Meinungsaustausch mit den Mitgliedern des AdR, bei dem es um die Frage ging, wie die Bürger über die Europa-Wahlen informiert und zur Teilnahme animiert werden können. Cyril Svoboda, tschechischer Minister für regionale Entwicklung stellte das Programm des tschechischen EU-Ratsvorsitzes vor.

Folgende politische Inhalte wurden in den Stellungnahmen des AdR beraten und beschlossen:

1. Klimawandel und Energie

Die Rolle der Regionen bei den ehrgeizigen Plänen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen standen im Mittelpunkt der Plenumsdebatte mit Kommissionsmitglied Andris Piebalgs. Der Ausschuss der Regionen hat stets hervorgehoben, wie wichtig es ist, Kommunen und Regionen in alle Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels einzubeziehen. Ein Beispiel dafür ist der Umwelt-Konvent der Bürgermeister, der während der Europäischen Woche für nachhaltige Energie den ersten Jahrestag seiner Gründung feiert.

Zwei Stellungnahmen von AdR-Mitgliedern standen zur Debatte über die Rolle der Kommunen und Regionen in Umweltfragen. In seiner Stellungnahme zum Thema "Ökologisierung des Verkehrssektors" befasst sich der Berichterstatter Herwig Van Staa, Präsident des Tiroler Landtages (AT/EVP) mit der Bedeutung von Mautgebühren für die Reduzierung des Straßentransportaufkommens und fordert für die Regionen ein Mitspracherecht bei der Frage, wo diese eingeführt werden und wofür die dadurch gewonnen Mittel ausgegeben werden sollen. Indessen spricht sich

Britt Lundberg, Mitglied der Regierung von Åland (FI/ALDE), in ihrer Stellungnahme zum Thema "Überprüfung von EMAS und Umweltzeichen" für eine stärkere Beteiligung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Überprüfung des Gemeinschaftssystems für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS) sowie des Umweltzeichens zur Kennzeichnung umweltfreundlicher Produkte aus. Durch ihre Rolle im öffentlichen Beschaffungswesen könnten die Gebietskörperschaften mithelfen, diese beiden Systeme zu fördern.

2. Wirtschaftskrise und territorialer Zusammenhalt

Die Auswirkungen des Konjunkturabschwungs bzw. der Rezession machen sich zuerst auf lokaler und regionaler Ebene bemerkbar. Es wird schwieriger, öffentliche Projekte zu finanzieren, und die öffentlichen Haushalte stehen zunehmend unter Druck. Jedoch werden schon Rufe laut nach öffentlichen Programmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Die Mitglieder des Ausschusses der Regionen haben durch ihre Verantwortung auf lokaler Ebene täglich mit diesen schwierigen Bedingungen zu tun. Constance Hanniffy, Mitglied des Grafschaftsrats von Offaly (IE/EVP), nutzte ihre Gespräche mit den irischen KMU für einen basisorientierten Beitrag zu ihrer Stellungnahme "Vorfahrt für KMU in Europa - Der "Small Business Act" für Europa" in der sie sich mit Blick auf die Erhaltung des Unternehmertums für eine Reduzierung von Verwaltungsaufwand ausspricht. In einem ähnlichen Kontext betont die Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik in ihrer Stellungnahme - "Binnenmarkt, gesellschaftliche Vision und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse", dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften von der Europäischen Kommission einen Rechtsrahmen erwarten, der echte Rechtssicherheit für das Erbringen von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse gewährleistet.

Eines der Ziele einer solchen Regelung wäre die Sicherstellung des territorialen Zusammenhalts in Europa. Dieses Thema hat Eingang gefunden in den Vertrag von Lissabon und wurde von Jean-Yves Le Drian, Präsident des Regionalrates der Bretagne (FR/SPE) auf der Plenartagung behandelt. Die Stellungnahme, die er vorstellte, ist der offizielle Beitrag des AdR zur Konsultation zum territorialen Zusammenhalt, die die Europäische Kommission im Oktober letzten Jahres eingeleitet hat. In seiner Stellungnahme wird die Bedeutung des territorialen Zusammenhalts neben dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt als politisches Ziel für Europa herausgestellt.

Robert Bright, Mitglied des Stadtrates von Newport (UK/SPE), wertet in seiner Stellungnahme "Universaldienste im Bereich der elektronischen Kommunikation" die Informations- und Kommunikationstechnologien als Triebfeder für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen im Rahmen der überarbeiteten Lissabon-Strategie. Die EU sollte seiner Ansicht nach sicherstellen, dass alle Bürger ungeachtet ihrer sozialen oder geografischen Situation Zugang zu qualitativ hochwertigen Kommunikationsdiensten zu erschwinglichen Preisen vorfinden.

3. Einwanderung und Beziehungen zu Drittstaaten

Da die Regionen und Städte bei ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik mit Integrationsproblemen zu tun haben, ist das Thema Einwanderung im Ausschuss der Regionen immer sehr aktuell. Auf der Plenartagung wurden drei Stellungnahmen zum Thema Einwanderung beraten. Dimitrios Kalogeropoulos, Bürgermeister von

Egaleo (Athen) (EL/EVP), betont in seiner Stellungnahme "Integrationspolitik - lokale und regionale Gebietskörperschaften an vorderster Front" die Rolle, die den subnationalen Gebietskörperschaften sowohl in den Herkunftsländern als auch in den Aufnahmeländern bei einer erfolgreichen Integration zukommt.

Ursula Männle, Mitglied des Landtags des Freistaates Bayern (DE/EVP), hebt in ihrem Stellungnahmeentwurf zum Thema "Grünbuch Migration und Mobilität" die Rolle der Bildung bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hervor. Schließlich stellt der AdR in der Stellungnahme zur "Städtediplomatie" von Eleni Loucaides, Stadträtin von Nikosia (CY/EVP), die Funktion von Städten als Brücken zu Drittländern heraus. Außerdem wird auf die Bedeutung von Städten hingewiesen, wenn es darum geht, das Fundament für eine funktionierende Demokratie auf allen Ebenen zu legen und so ein stabiles Umfeld zu schaffen, in dem die Menschen in einem Klima des Wohlergehens friedlich zusammenleben können.

4. Verbraucherschutz und Gesundheit

Gegenstand einer Debatte auf der Plenartagung waren auch die zahlreichen Maßnahmen, mit denen für mehr Sicherheit und bessere Bedingungen für die Verbraucher Sorge getragen werden soll. Karsten Uno Petersen (DK/SPE), Mitglied des Regionalrats der Region Süddänemark (DK/SPE), wertet in seiner Stellungnahme zum Thema "Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung" die Reduzierung der großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der Gesundheitsversorgung als Ausgangspunkt für Regelungsmaßnahmen in diesem Bereich. Zugleich fordert er mehr Unterstützung für die am stärksten betroffenen Regionen, insbesondere an den Grenzen zwischen Mitgliedstaaten.

Ein Pluspunkt für die Verbraucher wird die Schaffung von EU-weit geltenden Normen für die Flugverkehrssicherheit sein, durch die regionale Flughäfen für Flugverkehrsunternehmen attraktiver werden könnten - so Lea Saukkonen (FI/EVP), stellvertretendes Mitglied des Stadtrats von Helsinki (FI/EVP), in ihrer Stellungnahme zum Thema "Einheitlicher Europäischer Luftraum II". Bald zu erwarten sein könnte auch eine deutliche Verbesserung der Lebensmittelqualität - laut Milner Whiteman (UK/UEN-EA), Mitglied des Bezirksrats von Bridgnorth (UK/UEN-EA), der in seiner Stellungnahme zum "Grünbuch Qualität von Agrarerzeugnissen" die europäischen Produzenten nachdrücklich dazu auffordert, auf Qualität zu setzen, um besser gegen Billigimporte bestehen zu können. Er fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dazu auf, einen eigenen Beitrag zu leisten und Schulen und Krankenhäuser zur Verwendung regionaler Produkte zu animieren.

Der Ausschuss der Regionen im Internet:

www.cor.europa.eu

(Uwe Zimmermann 03.03.2009)